Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 24 (1944-1945)
Heft: 14

Artikel: Sozialismus und Demokratie
Autor: Kramer, Hugo
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-335136

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Cityleute, die sicher als «Juniorpartner» in die «Firma» einbezogen würden, ergäbe sich die unbestrittene

Weltherrschaft des angelsächsischen Privatkapitals

und in der Folge vielleicht für eine gewisse Zeit eine Art von «pax anglo-saxonnica«. Es ist aber klar, daß diese weltbeherrschende Macht, um ihre Fortexistenz zu sichern, nach Möglichkeit alle Bestrebungen nach einer sozialen Gemeinwirtschaft und zur Herbeiführung einer *wirtschaftlichen Demokratie* unterdrücken muß und auch bei Gewährung höherer Löhne im Sinne der von ihr als richtig anerkannten Kaufkrafttheorie die Menschheit, den «gemeinen Mann», im Zustand einer *Unfreiheit* halten müßte, die seine Menschenwürde selbst bei materieller Besserstellung weiter in den Staub treten würde. Besteht nun gar eine Großmacht, die *grundsätzlich* einen entgegengesetzten Wirtschaftskurs verfolgt, wie das die Sowjetunion bei aller Unzulänglichkeit auf politischem Gebiet tut, wirkt sie, wie das gleichermaßen der Fall ist, als anfeuerndes Beispiel für *wirtschaftliche* Demokratie, also im Sinne des Sozialismus, so ist der «ideologische» Zusammenprall, der sich in einem Macht- und Gewaltkampf Ausdruck verschaffen wird, mit Sicherheit vorauszusehen; von der vorerwähnten Grenze der Expansionsmöglichkeit *jeder* privatkapitalistischen Wirtschaft ganz abgesehen. So entpuppt sich die von Mr. Johnston, dessen Meinung kraft seiner Stellung bedeutendes Gewicht zukommt, vorgeschlagene Methode als

ein höchst gefährlicher Weg,

man kann geradezu sagen als der Weg zum Untergang der Menschheit. Das zu erkennen und festzustellen, ist notwendig. Aber es gibt auch eine *positive Seite*, die man nicht stark genug hervorheben kann. Und das ist die Tatsache, daß auch von dieser Seite die Kaufkrafttheorie, eine sozialistische These, als solche in ihrer ganzen Tragweite anerkannt wird. An uns, dem «gemeinen Volk» in allen Ländern, ist es, daraus die *richtigen* Konsequenzen zu ziehen, ihre *planwirtschaftliche* Ausgestaltung und Durchführung auf *demokratischer Basis*, national wie international, durchzusetzen, damit die Menschheit in Wahrheit in das Reich der Zukunft gelangt, das Mr. Johnston so schön schildert ... um es als Köder und zur «Vorspiegelung falscher Tatsachen» zu benutzen!

Sozialismus und Demokratie

Von Hugo Kramer

Der unausweichliche Sozialismus

Wir gehen einem sozialistischen Zeitalter entgegen. «Was immer das Schicksal bestimmter sozialistischer *Gruppen* sein mag – daran kann kein Zweifel sein, daß die gegenwärtige Katastrophe einen weiteren großen Schritt zur sozialistischen Ordnung hin bedeuten wird, und zwar unausweichlich, überall und unabhängig vom Ausgang des Krieges. Ein Hin-

weis auf unsere Erfahrung mit den Wirkungen des ersten Weltkrieges auf das gesellschaftliche Gefüge Europas genügt, um diese Voraussage zu begründen. Diesmal wird der Schritt aber auch in den Vereinigten Staaten getan werden.»

Das ist der Schluß, zu dem Professor Josef *Schumpeter*, einst in Wien, nun an der Harvard-Universität in Boston lehrend, in seinem neuen Buch «Capitalism, Socialism and Democracy» kommt. Der Sozialismus, den Schumpeter meint, ist ein sehr nüchternes Ding. Er ist rein wirtschaftlicher Art: Beherrschung der Produktionsmittel und der Produktion selbst von einer zentralen Stelle aus, also Erhebung der Wirtschaft aus der privaten in die öffentliche Sphäre, wobei es ganz dahingestellt bleibt, welchen geistigen Inhalt, welche politische Lebensform die neue Ordnung umschließt. Schumpeter ist da überaus zurückhaltend, ja mißtrauisch. Er läßt alle Möglichkeiten offen, wenn er auch – insbesondere in bezug auf die politische Seite des Sozialismus, wie gleich zu zeigen sein wird – seine Meinung über die Wahrscheinlichkeit und Wünschbarkeit des Kulturgehaltes der sozialistischen Ordnung nicht verhehlt. Ihn als Nationalökonomen und Soziologen beschäftigt vor allem die Frage, welches die *wirtschaftlichen* Aussichten von Kapitalismus und Sozialismus sind. Und da antwortet er, nach umsichtiger Prüfung zwar, ohne Zögern: Der Kapitalismus hat seine Lebenskraft im wesentlichen erschöpft; an seinen Platz wird mehr und mehr der Sozialismus treten, für den der Kapitalismus selber die Daseinsbedingungen geschaffen hat.

Professor Schumpeter ist kein Sozialist des Herzens und des Willens. Seine Vorliebe gehört mehr einer bürgerlich-humanen Welt, und dem Kapitalismus gesteht er durchaus zu, daß er auch in Zukunft die Leistungen zu vollbringen vermöchte, die er in der Vergangenheit vollbracht habe: fortwährende erstaunliche Steigerung des Gesamtwohlstandes mit stetiger Hebung der Lebenshaltung *aller* Volksschichten – sofern man ihn nur gewähren ließe. Aber man wird ihn eben aller Voraussicht nach nicht gewähren lassen. Die Anerkennung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Kapitalismus, so meint Schumpeter, setze ein fast unmögliches Heldentum bei den Nichtbesitzenden voraus. Bejahung des Kapitalismus sei nur bei langfristiger Betrachtungsweise möglich; auf kurze Sicht stünden seine offenkundigen Mängel und Gebrechen – hohe Profite, Krisen, Arbeitslosigkeit, soziale Unsicherheit usw. – im Vordergrund und trügen entscheidend dazu bei, daß die bestehende Gesellschaftsordnung jede gefühlsmäßige und moralische Autorität mehr und mehr verliere. Dazu kommt, daß sich der Kapitalismus ganz offenkundig *selbst überflüssig macht*. Mit der zunehmenden Ersetzung des individuellen Unternehmers durch den Kollektivunternehmer – Aktiengesellschaften, Konzerne usw — wird die Wirtschaft mehr und mehr eine Verwaltungsangelegenheit, eine erlernbare Wissenschaft, die von bezahlten Angestellten betrieben wird. Privatwirtschaft, Privateigentum, Vertragsfreiheit und all die andern Begriffe und Einrichtungen, auf denen der Kapitalismus ruht, werden immer mehr ihres Inhaltes entleert. Die Konzentration des Kapitalbesitzes und der Kapitalbeherrschung, die Monopolisierung der Wirtschaft, der ganze Großbetriebscharakter der Produktion, des

Handels und des Verkehrswesens schalten die mittleren und kleineren Unternehmungen in einem Maße aus, das den ganzen Aufbau der bürgerlichen Gesellschaft und des bürgerlichen Staates verschiebt. Und schließlich unterhöhlt der Kapitalismus auch die Existenz gerade derjenigen Schicht, die, aus der vorkapitalistischen Gesellschaft übernommen, dem Bürgertum politisch und sozial erst Halt und Erbweisheit gab: der Aristokratie, damit wiederum eine Hauptgrundlage seines eigenen Daseins wegspülend. Um den Kapitalismus und die bürgerliche Ordnung herum bildet sich so allmählich eine *Atmosphäre der Feindseligkeit* – nicht zum mindesten auch von der Schicht der Intellektuellen her –, die einer eigentlichen Selbstzerstörung des herrschenden Systems gleichkommt und die Entstehung einer neuen, der sozialistischen Ordnung aufs stärkste begünstigt. Nimmt man dazu noch die gesellschaftlichen Wirkungen des zweiten Weltkrieges, die Strukturverschiebungen, die er im Gefolge hat, die Ausbildung einer leistungsfähigen Staatswirtschaft, das Erlahmen der kapitalistischen Triebkräfte, so wird man förmlich zu dem Schluß gedrängt, daß die Tage der kapitalistischen Ordnung auch dann gezählt sind, wenn man – wie ich glaube zu Unrecht – mit Schumpeter glaubt, die rein wirtschaftlichen Sünden des Kapitalismus seien auf die Länge wieder gutzumachen.

Die Schwächen der klassischen Demokratie

Die Gegner des Sozialismus haben lange Zeit behauptet, eine sozialistische Wirtschaft sei überhaupt nicht funktionsfähig, da sie eine Kostenrechnung, wie sie nur die freie Marktwirtschaft ermögliche, nicht kenne. In jüngster Zeit sind die Nationalökonomen, die mit diesem Argument arbeiteten, und ihre bürgerlichen Nachbeter hier etwas vorsichtiger geworden, und Schumpeter hat denn auch nicht viel Mühe, um an Hand einleuchtender theoretischer Überlegungen die Unhaltbarkeit des erwähnten Einwandes gegen den Sozialismus darzutun. Eine sozialistische Wirtschaft *ist* funktionsfähig, vollziehen sich doch die wirtschaftlichen Vorgänge in der Gemeinwirtschaft – also bei planmäßiger Leitung der Produktion und entsprechender Verteilung des Wirtschaftsertrages direkt an die Verbraucher – nach der gleichen Logik wie in der Marktwirtschaft. Für eine nicht voll sozialisierte Wirtschaft, das heißt bei Sozialisierung nur einer Anzahl von Schlüsselindustrien und -gewerben innerhalb der weiter bestehenden Marktwirtschaft (die damit freilich einen neuen Charakter bekäme), gilt das mit um so größerem Recht. Der Kampf gegen den Sozialismus wird deshalb in den letzten Jahren mehr und mehr mit einem andern Beweisgrund bestritten: der Behauptung nämlich, daß die sozialistische Planwirtschaft sich nicht mit der Demokratie vertrage, vielmehr notwendigerweise zur Diktatur und zum totalitären Staat führe. Die damit betriebene Diskreditierung des Sozialismus ist besonders in den angelsächsischen Ländern im Schwung; daß sie auch bei uns äußerst beliebt ist, braucht nicht erst gezeigt zu werden.

Schumpeter gehört nicht zu den Mitläufern dieser neuesten Mode. Er ist redlich genug, festzustellen, daß Demokratie in der sozialistischen Ordnung vollkommen möglich ist – nicht *notwendig*, aber durchaus *mög-*

lich, wenn die für das Wirken der Demokratie erforderlichen Bedingungen erfüllt werden. Er zählt dazu in erster Linie eine Form der Demokratie, die nicht auf der klassischen, rationalistisch-utilitaristischen Lehre von der Demokratie aufgebaut ist, sondern auf einer wirklichkeitsgemäßeren Erfassung des Wesens der Demokratie. Die im 18. Jahrhundert entwickelte Lehre von der Demokratie besagt kurz, die politischen Entscheide müßten als Ziel das *Gemeinwohl* haben, und der Weg dazu seien Wahlen und Abstimmungen, durch die *das Volk seinen Willen bekunde*. Beide Hauptmerkmale dieser Art Demokratie kann Schumpeter, wenn überhaupt, so nur mit stärksten Vorbehalten gelten lassen.

Zum ersten gebe es so etwas wie ein allgemein anerkanntes oder durch vernünftige Erwägungen zu erfassendes Gemeinwohl überhaupt nicht. Die Ansichten über das Gemeinwohl, das Gesamtinteresse, die wirklichen Volks- und Staatsbedürfnisse gingen hoffnungslos weit auseinander und könnten auf verstandesmäßigem Wege nicht vereinbart werden. Je nach dem Standpunkt des Einzelnen oder der verschiedenen Volksgruppen, je nach Weltanschauung, Anlage, Wunsch, Interesse seien es eben ganz verschiedenartige Lebenswerte, die die politischen Zielsetzungen bedingten.

Aber auch wenn sich eine gewisse Einigung über das Gemeinwohl erzielen läßt, so ist damit – zum zweiten – nach Schumpeter nicht gesagt, daß bei der Verwirklichung des gemeinen Nutzens auch jeder Einzelne auf seinen privaten Nutzen käme. Die Meinungsverschiedenheiten über die Mittel und Wege, auf denen das Gemeinwohl gesucht werden soll, können so groß sein wie diejenigen über das Ziel selbst. «Gesundheit» mag zum Beispiel als gemeinsames Gut von allen anerkannt werden, ohne daß deswegen Übereinstimmung über die Art und Weise ihrer Sicherstellung erzielt sein müßte.

Damit fällt aber drittens auch die Voraussetzung für die Bildung eines wirklichen Gemeinwillens – der volonté générale Rousseaus – weg. Der «Volkswille» wird zum bloßen Mythos, zu einem romantischen, halbmystischen Begriff, der sich bei näherem Zusehen in Dunst auflöst. Die Demokratie, wenn auf diesem Begriff aufgebaut, artet in Psychotechnik der Massenbeeinflussung aus und gibt jedem Mißbrauch, jeder Korruption Raum. Das Volk hat keinen selbständigen, einheitlichen Willen; es *kann* sich gar nicht selbst regieren; der sogenannte Volkswille wird immer nur *gemacht*, ist also nicht die Triebkraft, sondern das Erzeugnis des politischen Betriebes. Die Art, wie der Volkswille gemacht wird, unterscheidet sich nicht wesentlich von den Methoden der Geschäftsreklame. Und wenn es auch richtig sein mag, daß sich, nach Lincolns Wort, nicht alle Leute alle Zeit betrügen lassen, so besteht die Geschichte eben doch aus einer Reihe von kurzfristigen Situationen, so daß es völlig genügt, wenn sich die Mehrheit der Menschen eine Zeitlang über irgendeine Sache irreführen läßt. Demokratie auf dieser Grundlage ist eine mehr als fragwürdige Sache.

Führerdemokratie?

Nach der klassisch-bürgerlichen Lehre liegt die Staatsgewalt beim souveränen Volk, das sich Vertreter wählt, um seinem Willen Ausdruck

zu verschaffen (oder diesen Willen direkt bekundet). Um die Mängel dieses Verfahrens auszugleichen und die Theorie in Übereinstimmung mit der Praxis zu bringen, schlägt Schumpeter vor, das Verhältnis von Volk und Volksvertretern, eingeschlossen die Regierung, umzukehren und die Bildung des politischen Willens in die *Regierung* zu verlegen, die aber ihre Befehlsgewalt nur auf Grund eines in *freiem Wettbewerb* aller Meinungen und Bewegungen geführten Kampfes um die Zustimmung der Wählerschaft erlangen könne.

Damit, so glaubt er, ist sowohl den theoretischen Schwierigkeiten wie den praktischen Gebrechen der klassischen Form der Demokratie abgeholfen. Die Demokratie unterscheidet sich deutlich von allen andern Regierungsformen, wenn nicht nur die Verfolgung des Gemeinwohls und die Vollstreckung des tatsächlichen Volkswillens ihr Kennzeichen ist – beides ist auch bei autoritären und diktatorischen Regierungsformen möglich und oft genug der Fall gewesen –, sondern vor allem die Betrauung der Regierung mit Autorität auf dem Wege der freien Ideenkonkurrenz. Sodann aber trägt die neue Begriffsbestimmung der überragenden Tatsache der politischen *Führerschaft* weit mehr Rechnung als die klassische Lehre, in der diese Grundwirklichkeit keinen rechten Platz hat. Auch die Organisierung von Sondergruppen innerhalb des demokratischen Gefüges, die einen Sonderwillen zu bilden und ihn der Regierung gegenüber zur Geltung zu bringen suchen, gewinnt nun ihre rechtmäßige Bedeutung, während sie in der klassischen Theorie entweder offiziell ignoriert oder dann als ketzerisch, als demokratiewidrig verpönt wird.

Ferner setzt die neue Definition den Wettbewerb um die Volksgunst, genauer um die frei gewährte, in Wahlen und Abstimmungen bekundete Zustimmung des Volkes zu der Regierungsführung in seine gesetzmäßigen Rechte ein. Die politische Initiative geht nicht vom «Volk» aus; das Volk regiert sich nicht selbst und trifft in Wirklichkeit keine politischen Entscheidungen. Seine Rolle beschränkt sich darauf, zwischen den um die Staatsführung konkurrierenden Parteien zu wählen, und es wird nun klar, daß der «Volkswille» nicht etwas ursprünglich Vorhandenes ist, das in Wahlen und Abstimmungen seinen Ausdruck sucht, das sich selbst seine politischen Organe schafft, sondern etwas, das erst durch den Wettbewerb der Parteien um die Macht *geformt* werden muß, mit anständigen, dem Grundsatz des freien Wettbewerbes entsprechenden Mitteln zwar, wie es im geschäftlichen Wettbewerb auch sein soll, aber eben doch bewußt geformt werden muß.

Das schließt notwendigerweise die Sicherung weitgehender *Freiheit* der Meinungsäußerung, der Organisation, der Versammlung usw. ein; ohne solche Freiheit würde die Gewinnung der Zustimmung einer Volksmehrheit zum Regierungsprogramm zu einer Sache der Vergewaltigung und des Betruges. Nur so ist auch die Möglichkeit gegeben, die einmal in den Sattel gesetzte Regierung auch wieder daraus zu heben. Und schließlich macht dieses ganze System die Vertretung von Minderheiten, insbesondere durch das Proportionalwahlrecht, überflüssig, handelt es sich ja nun nicht mehr darum, den «Volkswillen» in all seinen verschiedenen Schattierungen im Parlament und in der Regierung widerzuspie-

geln, sondern darum, eine handlungsfähige Führerschaft zu bestimmen, die die Zügel der Regierung zu ergreifen und zu handhaben hat.

Erneuerte Demokratie

Wir haben natürlich Schumpeters Demokratielehre, die so geistvoll und anregend entwickelt ist wie die übrigen Thesen des Buches, nur stichwortartig in groben Umrissen andeuten können. Doch dürfte schon daraus hervorgehen, daß in ihr nicht wenig Wahrheit und Recht liegt. Insbesondere kommt darin tatsächlich die politische Führerschaft, die Willensbildung an der Spitze nicht nur des Staates, sondern auch der öffentlichen Körperschaften und nationalen Gruppierungen überhaupt zu einer berechtigten Anerkennung. An der Betonung des Rechts politischen Führertums hat es zwar auch bisher keineswegs gefehlt; es sei hier nur an F. W. Förster, an Leonhard Ragaz, an Hendrik de Man erinnert, die sich, wie andere auch, ernstlich um dieses Problem bemüht haben, das mit der Verwerfung des *autokratischen* Führerwesens ja nicht gelöst ist. Aber bei Schumpeter bekommt das Führertum im Staate doch eine zentralere Stellung als in irgendeinem mir bekannten demokratischen «System», und wenn wir nicht uns selber täuschen wollen, so werden wir in Zukunft dieser politischen Grundtatsache entschieden realistischer Rechnung tragen müssen, als dies bisher unter dem Einfluß einer allzu abstrakt aufgefaßten Lehre geschehen ist. Mit dem demokratischen Prinzip ist ein Stück Aristokratie nicht nur durchaus vereinbar, sondern die beiden Elemente *müssen* sich sogar wechselseitig durchdringen und ergänzen, wenn ein ausgeglichenes staatliches Leben möglich sein soll.

Aber das darf – und hier setzt unsere Kritik ein – nicht so weit gehen, daß das Führertum und die Bildung des politischen Willens von *oben* in den Mittelpunkt gestellt und die Demokratie, wie es bei Schumpeter der Fall ist, zum bloßen *Mittel* für die Gewinnung der notwendigen Führerschaft erniedrigt wird. Die Demokratie ist vielmehr grundsätzlich durchaus *Selbstzweck*, ist selbständiges Prinzip, das, als Willensbildung von *unten* her, als wirkliche, nicht bloß fiktive Selbstverwaltung in *genossenschaftlichen* Formen, dem Prinzip des *obrigkeitlichen* Regierens auf herrschaftlicher Grundlage entgegentritt und mit ihm um den Sieg ringt. Nur in diesem Rahmen findet das Führertum seinen rechtmäßigen Platz, in Unterordnung unter den Grundsatz der möglichst umfassenden und unmittelbaren Teilnahme der Regierten an der Regierung, nicht in *Überordnung* über einen demokratischen Hilfsapparat. Bei Schumpeter wird der durch alles hindurchgehende Gegensatz zwischen dem Herrschaftsprinzip und dem Genossenschaftsprinzip fast völlig verwischt – und doch haben wir heute mehr als je Anlaß, diesen Gegensatz wieder ganz klar herauszuarbeiten. Unsere Hoffnung auf Überwindung des Faschismus und seiner ganzen geistigen Welt liegt großenteils hierin begründet. Schumpeter wird aber – was damit zusammenhängt – auch nicht den mächtigen geistigen und sittlichen Triebkräften gerecht, die in der modernen Demokratie durchgebrochen sind, dem Freiheits- und Gleichheitsgedanken, dem Gedanken der Menschen- und Persönlichkeitsrechte, die in einem gewissen Sinn im Widerspruch zur Demokratie als Verkörperung der Volks-

souveränität stehen, praktisch aber doch die innigste Verbindung mit ihr eingegangen sind. Eine Theorie der Demokratie, die diese Tatsachen nicht gebührend berücksichtigt, ist kaum weniger unrealistisch als die von ihr kritisierte klassische Theorie.

Wir müssen darum, wollen wir über die klassische Lehre hinauskommen, anderswo einsetzen. Wir werden dabei am besten davon ausgehen, daß die gerade auch von sozialistischer Seite so scharf ins Licht gestellten Mängel der Theorie und Praxis der bisherigen Demokratie großenteils auf den *bürgerlich-kapitalistischen* Charakter dieser Demokratie zurückgehen. Freiheit und Gleichheit, Selbstregierung und Volksherrschaft werden so lange bloße Wunschbilder, ja eigentliche Lügen bleiben, als Privatbesitz an lebenswichtigen Wirtschaftsmitteln und bürgerliche Klassenherrschaft nicht nur Demokratie in der Wirtschaft unmöglich machen, sondern auch die politische Demokratie verfälschen und erdrücken. Erst die Ausdehnung der Demokratie auch auf das wirtschaftliche und soziale Leben macht die Demokratie auch im staatlichen Bereich funktionsfähig und schafft diejenigen Bedingungen, unter denen sie ihre ordnenden und regulierenden Kräfte entfalten kann. Nun erst bekommt der Gedanke des *Gemeinwohls* wirklichen Sinn und Inhalt: als Sicherung einer Ordnung, in der alle Wirtschaftstätigkeit auf die Befriedigung der Lebensbedürfnisse der Gemeinschaft gerichtet ist und eine Kultur erstrebt wird, die den individuellen Kampf ums Dasein durch gegenseitige Hilfe ersetzt und so die Ausbildung der besten menschlichen Anlagen und Kräfte ermöglicht. Und nun erst kann auch so etwas wie ein echter *Gemeinwille* entstehen – auf der Grundlage einer wirklichen Volksgemeinschaft, eines einigen Volkes, das nicht mehr durch Klassengegensätze und Interessenkämpfe zerrissen ist, sondern eine weitgehende Solidarität der Interessen verwirklicht.

Daß damit das Problem der Demokratie noch nicht glatt gelöst ist, liegt auf der Hand. Die Demokratie ist eben nicht nur eine Sache gesünderer gesellschaftlicher *Einrichtungen*, sondern noch mehr eine Sache *geistiger und sittlicher Reife* – wie das Schumpeter ebenfalls deutlich ausspricht. Wenn heute die Demokratie so unbefriedigend arbeitet, so insbesondere auch darum, weil die geistigen Kräfte, die zu ihrer Entstehung beigetragen haben, verhängnisvoll geschwächt, ja vielfach geradezu verschüttet worden sind. Die Demokratie ist, wie der Sozialismus, ein sittliches *Ideal*, das zwar immer nur annäherungsweise erreicht werden kann, dessen Verwirklichung aber durch die unserer Zeit eigenen menschlichen Schwächen viel stärker gehemmt ist, als dies ohnehin der Fall sein muß. Die Folgerung, die wir daraus zu ziehen haben, ist aber nicht Verzicht auf das Ideal durch Reduzierung der Demokratie auf die Rolle eines Hilfsmechanismus für die Hervorbringung einer kräftigen Staatsführung, sondern ernsterer und zäherer Kampf für die Verwirklichung des Ideals. Eine erneuerte Demokratie ist auf andere Weise überhaupt nicht vorstellbar.

Demokratie in der sozialistischen Ordnung

Sozialismus ist schon par définition ein wesentliches Stück erfüllter De-

mokratie: als wirtschaftliches Regime, das die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt, die Klassenscheidung überwindet und auch aus der politischen Freiheit, Gleichheit und Souveränität eine Wirklichkeit macht. Er wird diesen Charakter aber nur in dem Maße haben können, als er nicht bloß Gemeinwirtschaft ist, sondern auch *Selbstverwaltung* in der Gemeinwirtschaft, nicht nur Wirtschaft *für* das Volk, sondern auch Wirtschaftsführung *durch* das Volk. Die Gegner des Sozialismus bestreiten freilich mit der größten Heftigkeit, daß demokratische Gemeinwirtschaft möglich sei; für sie gibt es nur *einen* Weg zum Sozialismus: die Diktatur einer Schicht von Staatsbeamten, die alle wirtschaftliche und politische Macht in Händen hält und eine zentralistische «Kommandowirtschaft» zu betreiben sucht. Nun wird niemand die *Gefahr* einer solchen Entwicklung verkennen wollen; im Sowjetsystem ist sie weithin bereits Wirklichkeit geworden. Und auch Schumpeter ist sehr geneigt, diesen Weg für möglich zu halten; an einer Stelle seines Buches geht er sogar so weit, im Fall einer angelsächsischen Vorherrschaft über die Nachkriegswelt eine soziale Organisation für England und Amerika vorauszusagen, die als «militaristischer Sozialismus» bezeichnet werden könne, und dem Nachkriegssozialismus eher «faschistische Züge» zuzuschreiben. Allein er ist sachlich genug, anzuerkennen, daß dies nur die eine von zwei *Möglichkeiten* ist, und daß die andere Möglichkeit, der genossenschaftliche, demokratische Sozialismus, genau so im Bereich menschlichen Willens liegt wie die erste.

Zunächst, so betont er, muß die sozialistische Wirtschaft keineswegs notwendig in den politischen Apparat eingegliedert sein. Sie kann so organisiert werden, daß sie *der Luft des politischen Kampfes entrückt* ist und nur mit dem Problem der Bürokratie fertig werden muß, einem Problem, das Schumpeter für lösbar hält, sofern die persönliche Verantwortlichkeit der leitenden Wirtschaftsbeamten fest begründet und durch ein System gut gewählter Antriebs- und Strafmaßnahmen, insbesondere durch geeignete Methoden der Anstellung und Beförderung, Routine und Erstarrung vermieden wird. Von Betriebs- und Berufsdemokratie hält Schumpeter nicht viel, im Gegensatz zu *unserer* Art, die Tätigkeit einer sozialisierten Wirtschaft zu verstehen. Dieses Mißtrauen ist wohl auch großenteils daran schuld, daß er die Aussichten eines demokratischen Sozialismus nicht optimistischer beurteilt, als er das tut, während umgekehrt die Führung der sozialisierten Wirtschaftszweige und Einzelbetriebe in der Form von Selbstverwaltungskörperschaften, Genossenschaften und dergleichen, die wir auf Grund der demokratischen Überlieferungen mindestens der westeuropäischen Länder für notwendig und möglich halten, uns eine viel positivere Haltung gegenüber dem Problem «Demokratie und Sozialismus» erlaubt.

Zuzustimmen ist Professor Schumpeter ohne weiteres, wenn er feststellt, daß kein Grund zu der Annahme vorliege, die Demokratie müsse mit dem Kapitalismus verschwinden, mit dem zusammen sie groß geworden sei. Gewiß bietet der liberale Kapitalismus dem Spiel der demokratischen Regeln einige besonders günstige Möglichkeiten; insbesondere bewahrt die gewollte Fernhaltung des Staates aus der Wirtschaft und seine Beschrän-

kung auf die Sicherung von Recht und Ordnung die Allgemeinheit von selbst vor manchen Gefahren, die der Wohlfahrts- und Wirtschaftsstaat heraufbeschwört. Aber der «Nachtwächterstaat» gehört eben schon längst der Vergangenheit an, und wenn auch die Planwirtschaft der Demokratie neue Probleme stellt, so hat anderseits die Entwicklung vom liberalen zum organisierten, ja monopolistischen Kapitalismus die Demokratie so sehr ausgehöhlt und entwertet, daß die Schwierigkeiten, die sich der Demokratie in der sozialistischen Ordnung bieten, kaum zählen im Vergleich zu den *demokratiefeindlichen Wirkungen des Spätkapitalismus*, die ja, beim Hinzutreten besonderer Umstände, bis zur gänzlichen Zerstörung der Demokratie gehen. Auf jeden Fall hat Schumpeter recht, wenn er sagt, Wahlen, Parteien, Parlamente und verantwortliche Minister dürften sich auch in der sozialistischen Ordnung als die zweckmäßigsten Werkzeuge für die Lösung der politischen Fragen erweisen. Die Politik werde im sozialistischen Gemeinwesen sogar eher vereinfacht und erleichtert werden, da nunmehr all die Fragen und Kämpfe wegfielen, die aus dem Gegensatz kapitalistischer Sonderinteressen erwüchsen. Dafür würden zwar neue Fragen auftauchen, beispielsweise die Frage, welchen Umfang (und welche Richtung) die Kapitalanlagen bekommen sollen, oder wie der Wirtschaftsertrag zu verteilen sei. Aber all diese Probleme würden dem Kampf und Druck der Interessentengruppen des kapitalistischen Staates entzogen sein und im Grunde zu technischen Fragen werden, die sachlich und sauber beantwortet werden könnten. Und wenn natürlich Interessentenkonflikte auch im sozialistischen Gemeinwesen nicht ausgeschlossen seien, so könne doch mit gutem Grund erwartet werden, daß «die Gesamtsumme der Streitgegenstände auch im Vergleich zum reinen Kapitalismus vermindert würde».

Die Einheit von Sozialismus und Demokratie

Aber ich glaube, wir brauchen uns gar nicht auf die Ausmalung all dieser praktischen Möglichkeiten und Unmöglichkeiten einzulassen. Denn die Demokratie ist, wie der Sozialismus, zuletzt eine Sache des *Willens* und der *Gesinnung*. Und die Frage ist daher im Grunde die: Lassen sich die Gesinnung und der Wille, die hinter der Demokratie stehen, mit der Gesinnung und dem Willen vereinbaren, von denen der Sozialismus getragen wird? Wem die Demokratie bloß ein zweckmäßiges Verfahren zur Führerauslese und der Sozialismus nicht mehr als eine skeptisch zu beurteilende, wenn auch unvermeidliche wirtschaftliche Tendenz unserer Zeit ist, der wird natürlich seine Zweifel haben, ob die Zusammenordnung von Demokratie und Sozialismus gelingen wird. Und wer den Sozialismus einfach als den Gesellschaftszustand auffaßt, der die rationellste Fütterung und Disziplinierung der Masse Mensch erlaubt, sei es als Selbstzweck oder als Mittel imperialistischer Zwecke, der wird gar nicht erst versuchen, mit dem Problem der Demokratie in der sozialistischen Gemeinschaft fertig zu werden; der greift von Anfang an zur Diktatur als der politischen Form, die seinem «Sozialismus» am besten entspricht. Für uns andere, denen der Sozialismus in erster Linie eine Forderung des Rechts, der Menschlichkeit, der Freiheit und der gegenseitigen Hilfe

ist, und die glauben, daß nur von hier aus auch die Brot- und Sicherheitsfrage gelöst werden kann, ist es selbstverständlich, daß er von vornherein im tiefsten Einklang mit der Demokratie steht, die aus den gleichen Antrieben lebt, und daß darum auch die Ausdrucksformen, die die beiden Bewegungen annehmen, ihren natürlichen Ausgleich finden werden, handelt es sich ja doch nur um zwei Seiten der gleichen Sache.

So wie die *Begründung* der sozialistischen Ordnung auf demokratischem Wege, auf Grund der Zustimmung der großen Volksmehrheit, erfolgen muß, so wird auch die *Führung* und volle *Verwirklichung* der sozialistischen Wirtschaft in demokratischen Formen und in demokratischem Geist geschehen können und müssen, weil Demokratie und Sozialismus im Grunde eins sind. Ja, wir glauben sogar, daß die Logik des Sozialismus als einer Freiheitsbewegung auch ein zunächst autoritär und autokratisch begründetes und geleitetes sozialistisches Gemeinwesen früher oder später zur Demokratie treiben wird – vorausgesetzt, daß nicht äußere Gefahr eine zentralistisch-diktatorische Ordnung im Innern begünstigt. Wer die innere Einheit von Sozialismus und Demokratie leugnet und den Sozialismus mit demokratiewidrigem Zwangsregime gleichsetzt, der leitet nur Wasser auf die Mühle derjenigen Sozialisten, welche die kommende Gesellschaftsumwälzung von vornherein mit autoritärer Gewalt bewirken wollen, ohne daß er diese Umwälzung selbst verhindern könnte. Ist das aber eigentlich die Aufgabe von Menschen, die sich so laut auf die Freiheit berufen und denen die Bewahrung der von der Demokratie erworbenen geistigen Güter angeblich mehr am Herzen liegt als irgend etwas anderes?

Nachkriegsdeflation?

Von Emil J. Walter

Keine Frage ist für die Gestaltung der Zukunft unseres Landes so wichtig, wie die Frage der Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit. Von Prof. Dr. W. A. Jöhr erscheint soeben im Rahmen der Veröffentlichungen des Schweizerischen Institutes für Außenwirtschafts- und Marktforschung an der Handelshochschule St. Gallen eine Studie «Die Nachkriegsdeflation (Konjunkturtendenzen der Nachkriegszeit und die Aufgaben der schweizerischen Beschäftigungs- und Währungspolitik)», die allen wirtschaftspolitisch interessierten Funktionären der Arbeiterbewegung zum sorgfältigen Studium empfohlen werden darf. Die klare, leicht faßlich geschriebene Untersuchung geht mit dem Rüstzeug moderner wirtschaftstheoretischer Forschung und weitgehend vorurteilsfrei an die Behandlung der wichtigsten wirtschaftspolitischen Fragen heran.

Im ersten Teil wird in drei Kapiteln der Begriff der Deflation im Zusammenhang mit kreislauftheoretischen Betrachtungen besprochen und als eine Verkleinerung des Volkseinkommens im Vergleich zum Sozialprodukt bestimmt. Damit wird der Begriff der Deflation erweitert und von der rein geldtheoretischen Betrachtung befreit, welche unter